

IHK der Region Stuttgart auf dem Weg zur Spaltung

Große mittelständische Unternehmen wie **Eberspächer**, **Trumpf**, **Stihl**, **Kärcher** oder **Bosch** sowie Konzerne wie **Daimler** haben die 'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart' gegründet. Damit reagieren die Großunternehmen auf den wachsenden Einfluss kleiner Unternehmen über die kammerkritische 'Kaktus-Initiative' in der **IHK Region Stuttgart**. Das ist deren gutes Recht. Allerdings sollte diese Aktion wie auch die Kampagne großer Hamburger Unternehmen gegen die dortige kammerkritische Initiative 'Die Kammer sind wir' der Politik klar machen, dass die Illusion einer IHK als Vertreter der Gesamtinteressen der Wirtschaft endgültig gescheitert ist. Wie anders soll man interpretieren, dass einer der Mitinitiatoren der 'Initiative pro Wirtschaft Stuttgart', **Heinrich Baumann**, geschäftsführender Gesellschafter des Esslinger Autozulieferers Eberspächer, gegenüber der 'Stuttgarter Zeitung' erklärt, man wolle zwar „kein Öl ins Feuer gießen“, aber doch eine Gegenposition zu der kammerkritischen Kakteengruppe bilden. Der Kammer selbst seien in vielen Fragen bei Äußerungen oder Kritik an ihrer Arbeit die Hände gebunden. Baumann will dabei nicht als Mitglied eines Kammergremiums sprechen, sondern als Vertreter seines Unternehmens. Dies ist insofern beachtlich, als er selbst immerhin stellvertretender Präsident der IHK Region Stuttgart ist.

Solange die IHKn durch Großunternehmen majorisiert wurden, ließen diese sich gerne von ihrer IHK vertreten, die 'natürlich' die Gesamtinteressen der Wirtschaft repräsentierte. Jedweder Protest der kleinen Unternehmen, die sich durch offizielle IHK-Positionen geradezu 'verkauft' fühlten, wurde seitens der Politik damit abgespeist, die IHKn vertreten doch

die Gesamtinteressen der Wirtschaft. Es sei ihnen unbenommen, sich dort einzubringen. Das sahen die regierenden Großunternehmen naturgemäß genauso und sorgten mit eigenartigen Wahlordnungen nicht zuletzt dafür, dass es für Kleinunternehmen deutlich schwieriger ist, Plätze in der Vollversammlung über Wahlerfolge zu erzielen. Nun, wo nicht mehr überall die Großunternehmen den Ton angeben, wird von ihnen gegen die 'Übernahme' der IHKn durch Kleinunternehmen gestänkert. 'Initiative Pro Wirtschaft Stuttgart'-Mitinitiator Baumann beispielsweise erklärt gegenüber der 'Stuttgarter Zeitung', man wolle „auch in der Öffentlichkeit zeigen, dass es Menschen gibt, die die Arbeit der IHK schätzen“. Klar, solange sie die eigenen Interessen vertritt!



© IHK Region Stuttgart, Wilhelm Mierendorf

Die Politik sollte endlich den Mut besitzen, die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abzuschaffen. Diametrale

Interessen lassen sich nicht restriktionsfrei unter einen Hut bringen. Das war schon immer so. Wie soll man sich zukünftig wirtschaftspolitische Diskussionen in Stuttgart vorstellen? Zunächst debattiert die IHK in der Vollversammlung, anschließend geben 'Kaktus-Initiative' und 'Initiative Pro Wirtschaft Stuttgart' Pressemitteilungen heraus, wie ihre jeweilige Position ist? Wofür braucht es dann noch eine Vollversammlung der IHK Region Stuttgart, die vermeintlich alle Zwangsmitglieder vertritt? Die Politik muss eigenständig die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Wirtschaft abwägen und dann entscheiden, wie sie reagieren will. Sich dafür hinter einer überholten Konstruktion eines Pflichtmitgliedschaftsorgans zu verstecken, ist ein Armutszeugnis. Hallo, liebe **FDP**, hier wäre ein Betätigungsfeld für liberale Wirtschaftspolitik!